

# DIE AMEISE

VERBANDSORGAN DER PORZELLAN- UND VERWANDTEN ARBEITER UND ARBEITERINNEN

IMMER \* STREBE \* ZUM \* GANZEN \* UND \* KANNST \* DU \* SELBER \* KEIN \* GANZES \* WERDEN  
ALS \* DIENENDES \* GLIED \* SCHLESS \* AN \* EIN \* GANZES \* DICH \* AN

REDAKTION UND EXPEDITION: CHARLOTTENBURG, CHARLOTTENBURGER UFER NR. 56 — PRIVAT-POSTABONNEMENT: PRO VIERTELJAHR 2 MARK

No. 48

Charlottenburg, Freitag, den 29. November 1907

Jahrg. 34

## Sperron.

**Sperron in Deutschland:** Blankenhain (Fasolt und Sichel für Malerei und Fondsprüfung). Blechhammer b. Sonneberg. Cortendorf. Dresden (Drammler & Co.) Düsseldorf (Herbord & Trömmel, Hohmann). Fürstenberg a. M. Höhr (für alle Firmen). Hornberg. Leipzig (Gräß & Co. Leipzig-Schleusig). Kranichfeld. Laus. Neustadt bei Coburg (Heber & Co.). Reichenbach (Schwabe). Schornberg. Selb (B. Gutschenreuther inkl. Firma Jäger und Werner). Sigenberg (Gebr. Voigt A.-G.). Sorau. Staffel. Stotzheim. Teltow. Unterweißbach und Volksfeld (Mann & Porzellan). Göppingen (Emailierwerk).

**Halbsperron in Deutschland:** Alexandrintal (Rechnagel) Bonn (Mehlem). Flörsheim a. M. Freienorla. Gräfenroda (Heene, Heißner, Gert & Meng). Königszell. Neuhalbensleben (Hubbe). Oeslau. Passau. Rudolfstadt (Schäfer & Vater). Schaala. Scheib. Schlierbach. Stanowitz. Lettau. Triptis.

**Sperron in Oesterreich:** Altrohlau (Gottl & Lorenz). Fischern (R. Knoll). Lessau (Tichy & Schönfeld). Meierhöfen bei Karlsbad (Gebr. Benedikt). Merkersgrün. Oberlaa bei Wien (Blar). Prag für Industrie- und Figurenmaler. Turn-Teplitzer Gebiet (alle keramischen Betriebe).

## Vom amerikanischen Keramarbeiterverband.

Der amerikanische Keramarbeiterverband (National Brotherhood of Operative Potters) hielt seinen 17. Verbandstag im Jahre 1907 in der Stadt East-Liverpool ab. Nach den Eröffnungsformalitäten, dem Bericht der Mandatsprüfungskommission und der Einsetzung verschiedener Komitees besprach Verbandspräsident E. J. Duffy in seinem Rechenschaftsberichte die Vorkommnisse in der Verwaltungsperiode 1906/07. Die Kollektivverträge mit den Unternehmerorganisationen (United States Potters' Association und Sanitary Manufacturers' Association) wurden im Herbst 1906 erneuert; es gelang dabei jedoch nicht, die von den Arbeitern geforderte Lohnerhöhung durchzusetzen. Die vorgekommenen Arbeitsstreitigkeiten wurden in der Regel auf gütlichem Wege beigelegt; nur in wenigen Fällen kam es zu Ausständen, die bloß einzelne Unternehmungen betrafen und die meist zu gunsten der Streikenden verliefen. Die Zahl der Firmen, die keine organisierten Arbeiter beschäftigen, hat sich seit Juni 1906 um zwei verringert; eine Firma davon gab den Betrieb auf, die andere erkannte die Gewerkschaft an und beschäftigt nun ausschließlich Verbandsmitglieder.

Den Mitgliederstand betreffend wird bemerkt, daß seit dem letzten Verbandstage im Sommer des vorigen Jahres die Zahl der Mitglieder „etwas stieg“; wie groß sie gegenwärtig ist, wird nicht angegeben. Neu gegründet wurden im Verwaltungsjahre 1906/07 drei Ortsgruppen, und zwar die Ortsgruppen Nr. 83 (Sanitätsgeschirrarbeiter) in Kenner, Staat West-Virginien, Nr. 84 (alle Arbeiterkategorien) in Syracuse, Staat New York, und Nr. 85 (Sanitätsgeschirrarbeiter) in Philadelphia. Die Ortsgruppe Nr. 78 in Cameron, Staat West-Virginien, die eine Zeit lang geschlossen war, hat ihre Tätigkeit wieder aufgenommen. Die Ortsgruppen in Derry, Staat Pennsylvania, sowie in Salineville, Staat Ohio, haben zu bestehen aufgehört.

Präsident Duffy sprach sich ausführlich über die Stellungnahme gegenüber eingewanderten Kollegen aus. Er verurteilte es entschieden, wenn Einwanderer gezwungen werden, außerhalb der Organisation zu bleiben und führte einen derartigen Fall

an, der sich kurz vor dem Verbandstage ereignete, und zwar traten Mitglieder wegen der Einstellung einer polnischen Arbeiterin in den Streit. Ähnliches ist schon öfter dagewesen. Es ist ein Verstoß gegen die gewerkschaftlichen Prinzipien, sagte Duffy, wenn jemandem die Gelegenheit, sich ehrlich einen Lebensunterhalt zu verdienen, genommen wird: „Selbst wenn man aufrichtig glaubt,“ fuhr er fort, „daß es für das Wohl des Landes besser wäre, gewisse Einwanderer fern zu halten, so ist das kein Anlaß, denen, die schon da sind, Unrecht zu tun. So lange als das Gesetz ihnen zu kommen erlaubt, ist es unsere Pflicht, sie mit den Grundsätzen der Gewerkschaft vertraut zu machen, ihnen zu helfen, daß sie einen gerechten Lohn für ihre Arbeit erhalten und zu zeigen, daß die organisierte Arbeiterschaft sie als Freunde, nicht als Feinde, betrachtet; damit wird verhindert, daß sie zu einer Gefahr für die Aufrechterhaltung der gewerkschaftlichen Arbeitsbedingungen werden. Es wäre unrecht, ihnen die Gelegenheit zum Anschluß an die Organisation zu nehmen und sie dann als Streikbrecher zu verdammen. Weder Vernunft noch Gerechtigkeit liegen in einer solchen Taktik.“ — In dem Vorstandsbericht wurde ferner die Notwendigkeit betont, für jene Zweige der Keramindustrie, die der Kollektivverträge noch entbehren, solche zu schaffen (der Verbandstag nahm einen diesbezüglichen Antrag im Laufe der Verhandlung an). Das Verbandsorgan „The Potters, Herald“, das nun im sechsten Jahrgang erscheint, hat sich sehr gut bewährt und der Organisation bedeutende Dienste geleistet.

Aus den Finanzberichten des Sekretärs Edward Menge und des Schatzmeisters J. Wood ist folgendes zu entnehmen: Der allgemeine Fonds der Hauptkasse belief sich am 1. Juni 1906 auf 8867,27 Dollars, die Einnahmen betragen 17 682,41 Dollars, zusammen 26 549,68 Dollars. Ausgegeben wurden für Verwaltung, Agitation, Verbandsorgan etc. 14 738,42 Dollars, so daß 11 811,26 Dollars verblieben. Der Widerstandsfonds verfügte am 1. Juni 1906 über 177 079,82 Dollars; dazu kamen Einnahmen in der Höhe von 42 996,21 Dollars (zusammen 220 076,03 Dollars). Die Ausgaben betragen bloß 964,50 Dollars, da bemerkenswerte Arbeitskämpfe nicht zu bestehen waren, so daß am 1. Juni 1907 219 111,53 Dollars im Widerstandsfonds verblieben. „The Potters' Herald“ nahm für Abonnements und Inserate 3748,61 Dollars ein, während die Kosten der Redaktion, des Druckes und der Versendung 5286,45 Dollars ausmachten.

Die meiste Zeit des Verbandstages nahm die Erledigung von einigen Duzend Anträgen in Anspruch, die sich auf die Regelung der Arbeitsbedingungen bei den nächsten Tarifkonferenzen bezogen. — Von den gefaßten Beschlüssen fordert einer die Einführung der wöchentlichen Lohnzahlung in allen Sanitätsgeschirrfabriken, ein anderer beauftragt den Verbandsvorstand, dahin zu wirken, daß in den Sanitätsgeschirrfabriken eine zehnprozentige Lohnerhöhung gewährt wird. Die meisten andern auf die Änderung der Löhne bezüglichen Anträge wurden abgelehnt. Bei den Tarifverhandlungen soll auf die Freigabe des Samstag-Nachmittag gedrungen werden, da schon viele andere Gewerbe sich diesen Halbfeiertag sicherten. Eine Resolution fordert von den gelernten Keramarbeitern, die Hilfsarbeiter beschäftigen, welche sie selbst bezahlen, daß sie allen diesen Hilfsarbeitern bei Lohnerhöhungen Anteil gewähren. — Der Antrag, von allen vom Auslande zureisenden Keramarbeitern, die nicht der Gewerkschaft in dem Lande, woher sie kommen, angehörten, eine Beitrittsgebühr von fünfzig Dollars zu verlangen, wovon der Ortsgruppe die regelmäßige Beitrittsgebühr im Betrag von drei Dollars ver-

bleibt und der Rest an die Hauptklasse abgeführt wird, wurde abgelehnt. (Antragsteller war die Ortsgruppe Nr. 77 in Mannington, West-Virginien).

Das vom 16. Verbandstag eingesetzte Komitee zur Prüfung der Frage, ob ein Invalidenheim für Keramarbeiter errichtet werden solle — nach dem Vorbilde des Invalidenheims des Schriftsetzer-Verbandes — empfahl, vorläufig in der Sache nichts zu unternehmen und der Verbandstag stimmte diesem Vorschlage zu. Ein anderes Komitee hatte die Frage der Einführung der Krankenunterstützung zu erwägen gehabt. Es empfahl die Schaffung besonderer örtlicher Krankenvereine für jede Ortsgruppe, deren Vermögensgebarung und Verwaltung von jener der Gewerkschaft getrennt ist, denen aber bloß Verbandsmitglieder beitreten dürfen; der Beitritt ist nicht obligatorisch. Die Vorschläge des Komitees, die neunzehn Punkte umfassen, wurden vom Verbandstage unverändert angenommen.

In den Verbandsvorstand wurden gewählt: L. J. Duffy, Präsident; F. S. Hutchins, erster Vize-Präsident; W. Crawford, zweiter Vizepräsident; S. Hales, dritter Vizepräsident; L. J. Humphrey, vierter Vizepräsident; C. Dorff, fünfter Vizepräsident; C. M. Martin, sechster Vizepräsident; E. Menge, Sekretär; J. L. Wood, Schatzmeister. — Der nächste Verbandstag wird 1908 in Atlantic City stattfinden.

## Arbeitszeitverkürzung und Krise.

Aus Essen kam vor einiger Zeit die Nachricht, daß auf dem Krupp'schen Werke Arbeiter entlassen worden sind, weil eine erwartete Kanonenbestellung ausgeblieben sei. Die bürgerliche Presse brachte die Kunde, ohne eine Bemerkung daran zu knüpfen, wie sie es in gleicher Weise auch mit anderen Neuigkeiten hält. Die Nachricht regt aber zu mannigfachen Betrachtungen an, sie wirft wieder einmal die Frage nach dem Pflichtbewußtsein der Unternehmer auf. Als die Erbin des Krupp'schen Riesenunternehmens, Berta Krupp, Hochzeit hatte, feierte sie der anwesende Kaiser den Arbeitern gegenüber als ihre gute Fee, die sie nicht genug schätzen und verehren können. Das Krupp'sche Unternehmen ist seither in eine Aktiengesellschaft umgewandelt worden, aber die Hauptaktionärin ist Berta Krupp, verheiratete Frau v. Böhlen. Wir wissen wohl, daß nach Lage der Dinge die junge Frau in dem Riesengeschäft wenig zu sagen hat und auch wenig sagen wird, denn sie dürfte dem technischen Teile desselben genau so fremd gegenüber stehen wie dem kaufmännischen, ist doch dafür ein Heer von Beamten da und hat sich hoch darum selbst ihr verstorbenen Vater wenig oder nichts mehr gekümmert. Aber unmöglich ist es nicht, daß der eine oder andere von den entlassenen Arbeitern einen Augenblick an die gütige Fee Berta v. Böhlen-Krupp dachte und sich fragte, ob sie wohl zu seinen Gunsten eingreifen und ihm die Existenz erhalten wird? War diese Hoffnung vorhanden, so ist sie nicht in Erfüllung gegangen, denn die geschäftliche bürgerliche Presse hat derartiges aus dem Königreich Krupp nicht berichtet.

Klar ist aber jedenfalls, daß in den Krupp'schen Riesenwerken mit ihren zirka 66 000 Arbeitern, wobei einige Tausend mehr oder weniger kaum eine Rolle spielen, Raum genug noch für die Entlassenen gewesen wäre. Im schlimmsten Falle konnte die Arbeitszeit im allgemeinen oder nur in der einen oder anderen Abteilung oder Betriebsanlage entsprechend dem vorhandenen Auftragsbestand reduziert, alle Arbeiter unter gleichen Verhältnissen weiter beschäftigt und von Entlassungen abgesehen werden. Oder wollte die Krupp'sche Werkleitung planmäßig und zielbewußt eine Vermehrung der Reservearmee herbeiführen?

Sei dem, wie immer, der Fall beweist aufs neue in krasser Form, wie die Existenz des Arbeiters jeder Sicherheit und Garantie entbehrt, völlig der Willkür des Unternehmers anheim gestellt und so der bloße Spielball von Launen, Spekulationen und Zwischenfällen ist. Die Unsicherheit seiner Existenz ist das Damoklesschwert, das stets drohend über dem Haupte des Arbeiters schwebt und das ihn nie seines Lebens loswerden ließe, wenn nicht die heitere, lebensfrohe Dienstmännerei sich, man möchte fast sagen leichtfertig, darüber hinwegsetzen würde. Aber die Unsicherheit der Existenz der Millionen Arbeiter und Arbeiterfamilien ist der Fluch der bestehenden kapitalistischen Wirtschaftsordnung, der sich in seiner ganzen Schwere sofort fühlbar macht, sobald ein Wechsel der Konjunktur eintritt und die Blütezeit durch die Krise abgelöst wird, eine Wandlung, an deren Beginn wir heute offenbar stehen.

Darum haben die Arbeiterentlassungen in Essen eine weit über den Einzelfall hinaus reichende Bedeutung und darum möchten wir beizeiten auf die Pflichten der Unternehmer den Arbeitern und dem Gemeinwesen gegenüber aufmerksam machen. Indem die Unternehmer als die Privatbesitzer der

Produktionsmittel die Träger, Nutznießer und Verteiliger der bestehenden kapitalistischen Wirtschaftsordnung sind und ihre ganze Politik stets darauf gerichtet ist, eine große Menge beschäftigten Volkes als Lohnarbeiter zur Verfügung zu haben, andererseits jeder sozialen Fürsorge durch den Staat, zum Beispiel der Einführung der staatlichen Arbeitslosenversicherung, der staatlichen Unterstützung der gewerkschaftlichen Arbeitslosenversicherung usw. feindlich gegenüber stehen, haben sie die Verpflichtung, für das arbeitende Volk in allen Verhältnissen zu sorgen. Aus dieser geradezu staatsverhaltenden Pflicht erwächst den Unternehmern zunächst die Aufgabe, bei Abflutung des Geschäftes keine Arbeiterentlassungen vorzunehmen, sondern alle Arbeiter unter gleichen Bedingungen weiter arbeiten zu lassen, um ihnen auch fernerhin Existenz zu bieten. Es sollte also die Arbeitszeit verkürzt werden auf acht und noch weniger Stunden, auf halbe Tage oder nur bestimmte Tage in der Woche. Das ist in der letzten Krise von 1900 bis 1904 in vielen Betrieben geschehen, wodurch bewiesen wurde, daß die Unternehmer bei gutem Willen den Arbeitern auch während der Krise Arbeit und Verdienst, wenn auch in vermindertem Maße, gewähren können. Diese Praxis liegt gleichzeitig im Interesse der Unternehmer selbst, denn da bisher immer auf die Krise die Blütezeit folgte, erhalten sie sich für die spätere, bessere Zeit ihre tüchtigen und bewährten Arbeitskräfte. Sie bringen damit also gar kein Opfer, sondern wahren nur mit weitestmöglichem Verständnis ihre eigenen Interessen und befolgen so eine Arbeiterfreundlichkeit, die für sie ebenso billig als vorteilhaft ist.

Die Vermeidung von Arbeiterentlassungen durch die Unternehmer sollte auch in Rücksicht auf die Gemeinden erfolgen. Zahlreiche große und kleine Gemeinden sind heute mit ihrem ganzen Sein auf die Aufrechterhaltung der Industrie gestellt. Die Steuern der Arbeiter und Unternehmer bilden ihre Haupteinnahmen und auch die des sogenannten Mittelstandes können nur erhoben werden, wenn er mit den Arbeitern Geschäfte machen kann. In Zeiten der Krise leiden neben und mit den Arbeitern auch die Handwerksmeister, Kaufleute, Wirte etc. not und die Steuereinnahmen der Gemeinde vermindern sich, selbstverständlich auch die des Staates. Der Verminderung der Einnahmen stehen aber auf der anderen Seite Mehrausgaben an Armen- oder Arbeitslosenunterstützung an die beschäftigungslosen Arbeiter gegenüber.

Bei der Rückständigkeit der so maßlos gelobhudelten deutschen Sozialgesetzgebung fehlen alle Bestimmungen und Vorschriften für die Unternehmer über die Fürsorge für ihre Arbeiter in bezug auf die Aufrechterhaltung und Sicherung ihrer Existenz, es gibt ja kein Recht auf Arbeit, das nur willkürlich und tendenziös als Mittel des kapitalistischen Klassenkampfes den Streikbrechern zuerkannt wird. Es gibt für die Arbeiterklasse kein Recht auf Arbeit gegenüber den privaten Unternehmern und auch nicht gegenüber dem Staate oder der Gemeinde. Es gibt nur ein Recht auf Almosen, mit dem der Verlust der politischen Rechte verbunden ist. Angesichts des mit der Notwendigkeit des Wechsels von Tag und Nacht mit der bestehenden kapitalistischen Wirtschaftsordnung verbundenen Wechsels von Prosperität und Krise, den nicht die Arbeiter verschulden, sondern das wechselnde Bewertungsbedürfnis des Kapitals und mit dem in letzterem Falle immer wieder Geschäftskodung, Betriebsbeschränkung, Bankerotte, ganze oder teilweise Arbeitslosigkeit verknüpft sind, hätte eine ernste Sozialpolitik schon längst Einrichtungen schaffen müssen, die die Existenz der Millionen Arbeiter sicher stellen. Aber da gilt noch immer: „Nach uns die Sintflut!“ Die Unternehmer stecken während der guten Zeit ungezählte Millionen an Gewinnen ein, der Reichtum der besitzenden Klassen, der fälschlich auch „Nationalreichtum“ genannt wird, steigt um Milliarden, aber das millionenköpfige Arbeiterheer ist am Ende der guten Zeit genau so beschäftigungslos, wie es an ihrem Anfang war. Dann soll es aber die Krise trotzdem ebenso bestehen und überdauern, wie das im Golde schimmende Unternehmertum und alles, was von den besitzenden Klassen noch drum und dran hängt.

Das Kapitel der Fürsorge der Unternehmer für die Arbeiter in Zeiten der Krise wäre auch für die Deutsche Arbeitgeber-Zeitung ein ebenso interessantes als dankbares Beiratsartikelthema. Sie redet das ganze Jahr hindurch nur von den Pflichten der Arbeiter, denen sie aber keinerlei Rechte zugestehen will, so auch nicht in der Frage der Reform des elenden preussischen Dreiklassenwahlrechtes, während sie auf der anderen Seite nur immer die „großen sozialpolitischen Opfer“ und die Rechte der Unternehmer wie der besitzenden Klassen im allgemeinen betont. Jetzt, am Beginn der Krise, wäre es ihre Pflicht, die Unternehmer an ihre Pflichten gegen die Arbeiter zu erinnern, nachdem sie sich in der guten Zeit an den Früchten ihrer Arbeit unermesslich bereichert haben. Dazu wird sich aber das „Reiswizblatt“ nicht aufschwin-

gen, dagegen einen neuen Gehaltstitel gegen die moderne Arbeiterbewegung bringen.

In allen zukünftigen Fällen aber mögen unsere Kollegen von den Unternehmern die Unterlassung von Arbeiterentlassungen und die Regulierung der Betriebsverhältnisse durch entsprechende Reduktion der Arbeitszeit verlangen.

## Verbandsangelegenheiten.

### Verwaltungswahlen für 1908.

Laut § 32 Abs. 1 des Verbandsstatuts sind im Monat Dezember die Neuwahlen der Zahlstellen-Verwaltungen vor zu nehmen.

Hierzu wollen die Verwaltungen Folgendes beachten: Der Vorsitzende, Schriftführer und Kassierer sind jeder in einem besonderen Wahlgange mittelst Stimmzettel zu wählen. — Für Zahlstellen von 50—100 Mitglieder ist außerdem ein Beisitzer zu wählen; für je weitere angefangene 50 Mitglieder ist ein weiterer Beisitzer zu wählen. Die Wahl der Beisitzer muß ebenfalls per Stimmzettel, kann aber jedoch in einem gemeinschaftlichen Wahlgange erfolgen.

In der gleichen Weise sind 1—3 Revisoren zu wählen. Die Wahl von Stellvertretern ist im Statut nicht vorgesehen und demzufolge nicht erforderlich. — Je nach Bedürfnis können auch Unterkassierer gewählt werden (§ 32 Abs. 2 b. St.); einen statutarischen Anspruch auf Entschädigung, wie der Kassierer, haben dieselben jedoch nicht. Etwaige diesbezügliche Vereinbarungen mit den Kassierern müssen den Letzteren überlassen bleiben.

An Orten, an welchen der Gründung von Zahlstellen Hindernisse entgegen stehen, sind in öffentlichen Versammlungen Vertrauensmänner auf zu stellen und dem Vorstand in Vorschlag zu bringen, welcher dieselben dann als Vertrauensleute der am Ort befindlichen Einzelmitglieder ernannt. — In derselben Versammlung, in welcher die Verwaltungswahlen vollzogen werden, ist auch ein Organ-Empfänger zu wählen. Es empfiehlt sich, hierfür den Kassierer zu bestimmen, weil demselben sämtliche Verwaltungs-Materialien zugesandt werden müssen, welche dann den Organensendungen beigelegt werden können.

Um eine ausreichende Kontrolle der Mitglieder zu ermöglichen, welche Krankengeld-Zuschuß beziehen (§ 23 Abs. 14 b. St.), dürfte es sich empfehlen, in jeder Zahlstelle einen oder mehrere Kontrolleure zu wählen.

Ferner sind in derselben Versammlung die nach § 3 der Bestimmungen für die Agitationsbezirke erforderlichen Wahlen (in den Vororten eine Kommission von 3 Personen, in den übrigen Orten je ein Vertrauensmann) zu vollziehen.

Wählbar in die Zahlstellen-Verwaltungen sind alle Mitglieder, welche mindestens 3 Monate dem Verband angehören. (Bei neu gegründeten Zahlstellen findet letztere Bestimmung keine Anwendung). Der Vorsitzende und der Schriftführer, welche die Zeichnung für die Zahlstelle zu vollziehen haben, müssen großjährig sein. Jeder Gewählte ist zur Annahme der Wahl verpflichtet. Mitglieder, welche bereits ein Jahr lang der Verwaltung oder den Revisoren angehört haben, sind allein zur Ablehnung der Wahl berechtigt, jedoch ist ihre Wiederwahl statthaft. — Mit Nr. 48 der „Ameise“ erhalten die Organ-Empfänger jeder Zahlstelle ein Formular, in welches die Mitgliedsnummern und Namen der Gewählten in deutlich lesbarer Schrift und mit genauer Angabe der Wohnung, (Straße und Hausnummer) ein zu tragen sind.

Auch die neu gegründeten Zahlstellen wollen ein ausgefülltes Formular ein senden.

Dieses Formular ist von der Verwaltung zu unterzeichnen und spätestens bis zum 7. Januar 1908 an den Unterzeichneten ein zu senden.

Johann Schneider,  
Verbands-Schriftführer.

197. Vorstandssitzung vom 12. November 1907.

Entschuldigt fehlen Frosch und Fischer.

Der Vorsitzende berichtet, daß in Sigendorf bei der Firma Gebr. Voigt, A.-G., die Arbeit aufgenommen wurde, nachdem zwischen der Firma und einer Kommission zum Teil schriftliche Vereinbarungen getroffen waren, zum Teil der Direktor A. Voigt Versicherungen auf Ehrenwort gegeben hatte, wonach die Firma Einwendungen gegen die Verbands-Zugehörigkeit der bei ihr beschäftigten Arbeiter nicht mehr erheben, die Gemäßregelungen sämtlich wieder einstellen und von künftigen Maßregelungen absehen wollte. Die Wiedereinstellung sämtlicher Ausgesperrten war zugesichert und sollte innerhalb 8 Wochen erfolgen. In allen übrigen Fragen war ebenfalls eine Verständigung erfolgt. Jedoch nach Wiederaufnahme der Arbeit erließ die Firma eine Bekanntmachung, welche

in offenem Widerspruch mit den Vereinbarungen sich befand. Einer Kommission gegenüber, welche diesbezüglich sofort wieder vorstellig wurde, wollte die Direktion die schriftlichen und ehrenwörtlichen Versicherungen nicht mehr gelten lassen, und nahm nunmehr einen Standpunkt ein, welcher ein Weiterarbeiten zur Unmöglichkeit machte. Demzufolge legten sämtliche Mitglieder, welche die Arbeit bereits aufgenommen hatten, dieselbe sofort und einmütig wieder nieder, nachdem es denselben zur Gewißheit geworden, daß für die Firma einwandfreie Absichten für einen Friedensschluß nicht maßgebend gewesen waren. Der Vorstand ist mit dem Verhalten der Mitglieder nicht nur in allen Punkten einverstanden, sondern erklärt, unter diesen Umständen in erhöhtem Maße seine Sympathien den Ausständigen zu zuwenden. Beschlossen wird, zu Gunsten der Mitglieder in Sigendorf-Unterweißbach einen Aufruf zu Sammlungen im Organ zu veröffentlichen. — Bei der Firma Mann & Porzellan, A.-G., Unterweißbach, Filiale Volkstedt, kommen sämtliche Mitglieder am 15. November zur Entlassung. Ein Versuch seitens dieser Mitglieder, das Gewerbeamt in Rudolstadt als Einigungsamt in Anspruch zu nehmen, scheiterte an dem ablehnenden Verhalten der Firma. — Ein Bericht des Vorsitzenden über Raßhütte ist mit Kenntnisnahme erledigt. — Zuschriften der Beschwerde-Kommission, sowie von Blankenhain und Ohrdruf werden zur Kenntnis genommen. — Ein Antrag eines Mitgliedes auf Gewährung eines Darlehens aus Verbandsmitteln muß nach § 40 Absatz 9 des Statuts abgelehnt werden. — Für 3588 Lannroda wird Rechtschutz bewilligt. — Zwei Mitgliedern in Düsseldorf werden Miets-Zuschüsse bewilligt.

G. Wollmann, Vorsitzender.

J. Schneider, Schriftführer.

## Aus unserem Berufe.

Die Krise macht sich auch bereits in unserer Industrie bemerkbar; denn nach amtlichen Angaben hat sich in den letzten Monaten ein Rückgang in der Ausfuhr der Porzellanfabrikate, namentlich nach Amerika, fühlbar gemacht. Es wurden ausgeführt an Porzellan und porzellanartigen Waren im Juli 47 892, August 45 058 und September 39 005 D.-Ztr. Bei Scherben und Bruchporzellan stellte sich die Ausfuhr im September etwas höher. — Daß in erster Linie die Ausfuhr nach Amerika besonders stark gelitten hat, findet seine Erklärung darin, daß gerade in Amerika die Krise hervorragend stark einsetzte. Das wird sich in kurzem noch deutlicher zeigen.

Berlin. In der Blumentopffabrik von Gustav Krüger in Panlow bei Berlin, Berliner Str., sind ernste Differenzen ausgebrochen, in Folge welcher die Kollegen dortselbst die Arbeit nieder legten. Wir ersuchen, jeden Zugug nach dort zu vermeiden.

Brosław. Selbst durch den Abschluß eines Tarifabkommens werden nicht alle Streitpunkte zwischen dem Fabrikanten und den Arbeitern beigelegt werden können. Namentlich dann nicht, wenn es sich die Arbeitgeberseite angelegen sein läßt, auf dem nicht durch den Tarif geregelten Gebiet neue Streitpunkte offen zu lassen. So haben denn auch die Kollegen in der Steingutfabrik jetzt noch eine Reihe von Klagen, die durch den Tarif keine Einschränkung erfahren. Seit 7 Monaten besteht der Tarif. Damals, bei seinem Abschluß, war schon die Rede von den äußerst mangelhaften, oder richtiger gesagt, von den fehlenden Ventilationen in den Arbeitsräumen. Die Direktion gab damals an, daß, wenn an Ventilationen etwas Nichtiges geschaffen werden sollte, so kostete das ziemlich viel Geld. Also die Arbeiter sollten auf den guten Willen der Direktion und auf die Zeit vertrauen. Beides, der gute Wille und die Zeit, haben denn auch zu Ventilationen geführt. Nur wurden dieselben im Pferdefall anstatt in den Arbeitsräumen angebracht. Die Arbeiter dürfen, weiter vertrauend, auf die Betätigung des guten Willens hoffen. — Auch mit den Garderobenräumen verknüpft sich manche Beschwerde der Kollegen. Einmal ist die Garderobe entschieden zu klein, und dann führte der Gebrauch des ständigen Verschlusses dieses Raumes zu manchen Unzuträglichkeiten für die Arbeiter. Es besteht nämlich die Einrichtung, daß irgend ein „Ober“ damit beauftragt ist, die Garderobe abzuschließen und den Schlüssel stets bei sich zu tragen. So wird die Garderobe kurz nach dem Beginn der Arbeitszeit abgeschlossen und erst 5 Minuten vor der Mittagspause und 5 Minuten vor Feierabend wieder geöffnet. In der Zwischenzeit bleibt der Raum unter Verschluss, und hat ein Kollege mal sein Frühstück vergessen, so muß er erst hinter dem Schlüssel verwahrenden „Ober“ her laufen, und um gefällige Uebergabe des Schlüssels ersuchen. Hat der Kollege Pech, so hängt an dem Schlüssel ein Beweis oder sonst was, das in einem unverständlichen Gebrummel erklingt. Nun aber befinden sich in dem Garderobenraum auch die Waschgelegenheiten, und ein besonderer Wunsch des Herrn Direktor Giesel ist, daß sich die Arbeiter zum mindesten vor jeder Mahlzeit die Hände waschen. Natürlich wird dieser Wunsch des Direktors durch die Anordnungen der Unterbeamten unerfüllbar. Aus welchen Gründen die Garderobe verschlossen gehalten wird, ist uns nicht ersichtlich, namentlich scheint uns aber die durch einen „Ober“ ausgeübte Kontrolle und Nachwächtertätigkeit eine recht unglückliche Einrichtung zu sein. So weit sollte man — im Interesse eines guten Einvernehmens —

die Bevormundung der Arbeiter nicht treiben. Die Regelung der Arbeitszeit und aller übrigen Verhältnisse ist ohnedies in der Breslauer Steingut-Fabrik so streng getroffen, daß für einen einigermassen frei fühlenden Arbeiter eine ziemliche Ueberwindungskraft dazu gehört, um sich allen Anordnungen der „Ober“ und „Obersten“ zu fügen. Als weiteres Beispiel dafür greifen wir nur noch die Bestimmungen über die Kantine heraus. In der Kantine gibt es alles. Und es wurde die Verfügung erlassen, daß die Kollegen ihre Sachen nur in der Kantine zu kaufen haben. Wer dagegen verstößt, hat eventuell mit sofortiger Entlassung zu rechnen. Mehl und Kartoffeln werden ebenfalls durch die Kantine zu Tagespreisen abgegeben. Lebens- und Genussmittel mit in den Betrieb hinein zu bringen, ist verboten, da nach der Behauptung der Firma diese Gewohnheit gegen die Gewerbeordnung verstößt. Uns ist zwar von einer solchen Bestimmung in der Gewerbeordnung nichts bekannt, dagegen wissen wir, daß in dem Tarifvertrag die Verletzung oder Umgehung des von der Direktion diktierten Kantinemonopols durch die Arbeiter als besonderer, zur sofortigen Entlassung berechtigender Grund nicht vorgesehen ist. Auch räumt die Gewerbeordnung dem Unternehmer nirgends das Recht ein, die Sachen der Arbeiter gegen deren Willen unter Verschluss zu halten, dagegen liegt es aber im Sinne der betreffenden gesetzlichen Bestimmungen, daß die Garderobenräume dem Bedürfnis entsprechend groß und so eingerichtet sind, daß sie ihrem Zwecke wirklich genügen können. Da man aber seitens der Direktion so oft erklärte, den berechtigten Wünschen der Arbeiter entgegen kommen zu wollen, so wird man sich hoffentlich bemühen, diesen angeführten Uebelständen Abbruch zu tun.

**Kronach.** Man schreibt uns: Die Direktion der Firma Rosenthal & Co. Filiale Kronach, suchte des öfteren im „Sprechsal“ Oval- und Flachdreher. Die Kollegen, welche die in dem Betrieb bestehenden Zustände nicht kennen, treten auf Verschreibung hin in Arbeit und schütteln immer wieder nach ganz kurzer Zeit, um eine bittere Erfahrung reicher, insolge von schlechtem Verdienst, veranlaßt durch die höchst ungesunden Arbeitsräume u. den Staub von ihren Füßen. Die Ovalmaschine steht monatelang leer, bis sich wiederum ein Kollege, der nicht Bescheid weiß, findet und einige Tage in den schlechten Artikeln arbeitet. Werden die Kollegen vorstellig, dann heißt es, zugelegt wird nichts. Die Direktion denkt, wenn jeder Neuanretende immer einige hundert Stücke macht, wird trotz des schlechten Arbeitspreises der Auftrag mit der Zeit erledigt und die Firma hat den Profit. So verließen erst kürzlich zwei Dreher, einer nach einer zehntägigen, der andere nach einer viertägigen Arbeitsdauer, den Betrieb, nachdem sie es, trotz der größten Anstrengungen nur auf einen Tagesverdienst von 2,60 Mk. brachten. Man könnte vielleicht einwenden, diese Arbeiter wären keine Leistungsfähigen. Im Gegenteil, laut Ausweis seines Lohnbuches hatte einer in sämtlichen Fabriken einen Verdienst von wöchentlich 30—38 Mk. erzielt. Die Fabrik Rosenthal & Co. ist eine Weltfirma. Die dort Arbeit annehmenden Kollegen sind der Auffassung, daß sie sich verbessern können, sie geben ihre alten Plätze auf, opfern Jahrgeld und machen sich sonstige Auslagen und dann, wenn sie die schlechten Preise aufgebeßert haben wollen, fliegen sie raus. Ferner sind noch andere Uebelstände zu beklagen: Durch die Dreherei gehen die Brennöfen, sowie die Dampfheizung und zuletzt noch der Abdampf von der Maschine, so daß im Hochsommer sich die Arbeiter in eine Braukammer versetzt fühlen können. Die Garderobe ist mindestens 6—7 Wochen nicht mehr gereinigt worden. Als der Oberdreher auf den Dreck aufmerksam gemacht wurde, sagte derselbe: „Die Arbeiter wollen den Dreck haben.“ Nein, die Dreher verwahren sich gegen eine solche Zumutung, sie sind wegen der Säuberung der Dreherabteilung schon wiederholt vorstellig gewesen. Der Herr Betriebsvorsteher meint aber, die gelernten Arbeiter wie Buben behandeln zu können. Das ganze Jahr sucht die Firma in den hiesigen Zeitungen Burschen und Mädchen. Warum denn? Weil der Wechsel schon so groß ist, daß selbst die Arbeiter und Arbeiterinnen von hier und der Umgebung sich nicht mehr nach den Fleischtöpfen dieser Firma sehnen. Den fremden Kollegen möchten wir raten, diesen Betrieb zu meiden. Denn wer in diesen Artikeln länger arbeitet, prellt insolge des schlechten Verdienstes höchstens seinen Logisherrn, kommt in der Kleidung herunter und verschwindet dann über Nacht auf französische Art. Die große Masse der Arbeiter ist unorganisiert und die Organisierten können keinen aussichtsreichen Kampf unternehmen. Eine intensive Agitation von seiten des Porzellanarbeiterverbandes wäre hier dringend notwendig.“

**Mannheim.** Ein Telegramm meldet uns, daß in Mannheim die Dreher-Kollegen vor Differenzen stehen. Man wolle Zugung nach dort vermeiden.

**Neustadt bei Coburg.** Bei Geber & Co. war ein

Kollege beschäftigt, dessen Tochter in demselben Betriebe tätig war. Wegen allerlei dummes Gerede kündigte der Vater für seine Tochter. Ihm wurde darauf von der Firma gekündigt. Das ist die beliebte Methode gewisser Fabrikanten, an den Familienmitgliedern jener, die ihrer Gewalt entzogen sind, ihren Unwillen mit auszulassen. Darin werden die Herren sich auch erst dann Beschränkungen auferlegen, wenn eine starke Organisation der bei ihnen beschäftigten Arbeiter den Unternehmern gegenüber die Rechte des Arbeiters wirksam vertritt.

**Reichenbach.** In seinem Bemühen, an die Stelle der streikenden Kollegen Arbeitswillige zu setzen, findet Herr Schwabe, in Firma Schwabe & Co. weitgehendstes Verständnis und bereitwilligste Unterstützung bei der Gendarmerie und bei dem Amtsvorsteher. Liefert die Arbeitswilligen-Vermittlungsfirma Nebenstahl Kroaten und andere Elemente nach Reichenbach, so bemühen sich dort die staatlichen Beamten, die lieben Arbeitswilligen auf jede Art und Weise zu schützen. Und scharf blickt das Auge des Gesetzes überall hin; ob nicht irgendwo einer der teuren Arbeitswilligen „beleidigt“, „belästigt“ oder aufgeklärt wird. Freilich, die altenburgische Polizei hatte seit je in dieser Beziehung was los gehabt, aber zweifellos stellen die kunstvollen Auslegungs-Versuche, — durch eine schneidige Anwendung des § 153 der Gewerbeordnung den Arbeitern das Koalitions- und Streikrecht bis auf nichts zu schmälern, — welche vom Amtsvorsteher für Hermsdorf unternommen werden, alles bisher auf diesem Gebiete Dagewesene in den Schatten. Von dieser Stelle aus werden nämlich Strafbefehle an einzelne streikende Kollegen versandt, von denen ein uns vorliegender Strafbefehl, der über einen „Sünder“ 5 Mark Geldstrafe verhängt, folgende wörtliche Begründung enthält:

„Sie sind von dem Gendarmerie-Wachmeister Herrn Renz hier angezeigt worden, daß Sie am 12. Oktober 1907 bei Gelegenheit der Arbeitseinstellung der Arbeiter der Porzellanfabrik in Reichenbach S. A. den Arbeitswilligen Otto Müller in Reichenbach zur Kündigung seiner Arbeit unter Vorlegung eines angefertigten Kündigungszettel und Abverlangen der Unterschrift von selbigem veranlaßt haben. — Beweis: Ein Kündigungszettel. Es wird deshalb hiermit gegen Sie, auf Grund d. § 153 der Gewerbeordnung vom 26. 6. 1900 f. d. D. Reich, eine Geldstrafe von 5 Mark festgesetzt.“

Das ist alles, was der Strafbefehl begründet. Man muß die Hände über dem Kopf zusammen schlagen, wenn man diese „Begründung“ liest und man fragt sich erstaunt: Hat der Amtsvorsteher, ehe er diesen Strafbefehl ausstellte, sich überhaupt den Paragraph 153 der Gewerb.-Ord. durch gelesen? Wenn das der Fall war, dann hat dieser Beamte entweder den Paragraph nicht verstanden oder der Strafbefehl ist mangelhaft ausgefüllt. Der fragliche Paragraph lautet bekanntlich: „Wer Andere durch Anwendung eines körperlichen Zwanges, durch Drohungen, durch Ehrverletzung oder durch Berrusserklärung bestimmt oder zu bestimmen versucht, an solchen Verabredungen Teil zu nehmen, oder ihnen Folge zu leisten, oder andere durch gleiche Mittel hindert oder zu hindern sucht, von solchen Verabredungen zurück zu treten, wird mit Gefängnis bis zu drei Monaten bestraft, sofern nach dem allgemeinen Strafgesetze nicht eine härtere Strafe eintritt.“ Man vergleiche damit den Strafbefehl. In demselben ist weder von der Anwendung eines körperlichen Zwanges, noch von Drohung, Ehrverletzung oder Berrusserklärung die Rede, sondern die durch kein Gesetz verbotene, durch keine Bestimmung unter Strafe gestellte Aufforderung an einen Arbeitswilligen, einen Kündigungszettel zu unterschreiben, genügt, eine im Sinne des Paragraphen 153 d. G.-D. straffällige Handlung zu konstruieren. Wirklich, die Dehnbarkeit dieses unglücklichen Paragraphen wird immer größer, seine Gefahren greifen immer weiter und man kann sich, angesichts solcher Vorkommnisse, gar nicht vorstellen, was nächstens noch alles auf das Konto dieser Bestimmung geschrieben wird. Aber noch eins ist an dem Strafbefehl auffällig. Der § 153 sieht im Uebertretungsfalle nur eine Gefängnis-Strafe vor. Der Amtsvorsteher von Hermsdorf aber verhängt eine Geldstrafe. Das ist entschieden äußerst entgegenkommend und soll wahrscheinlich ein ausgleichendes Korrektiv dieses wandlungsfähigen Paragraphen gegen die Verschärfung sein, welche der Herr Amtsvorsteher aus eigener Macht an dem Paragraphen vorgenommen hat, aber es ist ungesetzlich. — Wir nehmen mit aller Bestimmtheit an, daß von dem mit diesem Strafmandat bedachten Kollegen sofort Einspruch beim Gericht erhoben worden ist. Denn es muß auch gerichtlich festgestellt werden, wie selbst ein Amtsvorsteher sich in dem dichten Paragraphenwald des deutschen Strafrechts verlaufen kann. Wenn das aber einem solchen Manne passieren kann, um wie härter wirken da alle Strafen, die man über jene verhängt, die aus nachweisbarer Unkenntnis der Gesetze dagegen verstoßen haben. Da gilt dann allemal der

alte deutsche Reichsgrundlag: Dummheit schützt vor Strafe nicht. — Im übrigen ersuchen wir alle unsere Kollegen eifriger wie je, jeden Zuzug nach Reichenbach zu unterlassen.

**Rudolstadt.** In einer ganzen Anzahl bürgerlicher Blätter Thüringens erscheint folgendes Inserat: „Zum sofortigen Antritt werden von einer großen Porzellan-Fabrik Thüringens der Figuren- und Luxusbranche eine größere Anzahl geübter Former, Maler und Blumenbeleger, welche nicht dem Berliner Verband angehören, gesucht. Den sich meldenden Arbeitern wird je nach Leistung ein guter, auskömmlicher Verdienst garantiert, Schlaf- und Wohnungs-Gelegenheit für Familien geboten und wird nach sechswöchentlicher Beschäftigung das verlegte Reisegeld vergütet. Angebote mit der Aufschrift K. W. 24 befördert die „Landeszeitung“. — Es handelt sich hier zweifellos um die Heranziehung von Arbeitswilligen für die Betriebe von Mann & Porzelius und Gebr. Voigt in Unterweißbach, Sizenborn und Volkstedt. Alle unsere Kolleginnen und Kollegen mögen also recht vorsichtig sein und die Augen offen halten. Jeder Zuzug nach Unterweißbach, Sizenborn und Volkstedt ist aufs strengste zu vermeiden.

**Schwelm.** Hier gibt es ein kleines Fabrikchen, das sich stolz „Westfälische Porzellanmanufaktur“ nennt und in dem außer einem Beamten 1 Reisender, 1 Expedient, 1 Brenner, 8 Mädchen und 3 Kollegen beschäftigt sind. Der Besitzer heißt Jul. Muermann. Wenn Maler zu engagieren sind, so wird denselben — ein solcher Fall ist uns in Einzelheiten geschildert — ein Tagelohn von 4 Mark und nach 14 tägiger Probezeit ein wöchentlicher Akkordverdienst von 30 bis 40 Mark in Aussicht gestellt. In der Tat sind aber die Verdienste bedeutend niedriger. Freilich kommt mal ein tüchtig eingearbeiteter Kollege auf 30 Mark pro Woche, aber dann sind zahlreiche Ueberstunden dabei. Der durchschnittliche Wochenverdienst dürfte für gut eingetrichtete Arbeiter mit 22 bis 24 Mark nicht zu hoch gegriffen sein. Die Arbeitszeit beträgt jetzt 11 Stunden. Vor Weihnachten wird Sonntags und bis tief in die Nacht hinein gearbeitet. — Man wolle also den Arbeitsangeboten der Firma gegenüber recht vorsichtig sein.

**Schorndorf.** Am 7. August wurden die Dreher bei der Firma C. M. Bauer & Pfeiffer gekündigt, am 21. August hörte die Arbeit auf, um erst am 24. September durch die Kollegen wieder aufgenommen zu werden, nachdem die Firma in der Hauptsache, Zurücknahme einer angekündigten Lohnreduzierung von 15 pCt. für Tellerpreise, nach gegeben hatte. Die Firma hätte schneller zum Frieden kommen und sich manche Unannehmlichkeiten und vielen Schaden ersparen können, wenn sie auf die von den Kollegen mehrfach angebotenen Verhandlungen eingegangen wäre. So aber wollte Herr Pfeiffer nur mit den einzelnen Kollegen verhandeln und im Stillen rechnete er mit einem genügend starken Zuzug von Arbeitswilligen. Diese Hoffnung erfüllte sich nicht; denn trotz aller Bemühungen konnte der Brenner Hans Unger nur einen Kausreißer, Johann Herold aus Biegeleben, heran ziehen. Das war seit je ein Tausendkünstler, der als Maler, Obermaler und Oberbrenner, als Werkmeister und Arbeitswilliger verschiedene Male Proben seines vielseitigen Könnens abgelegt hatte. Aber bei Pfeiffer war ihm doch einer über: Joseph Lambert. Dieser, ehemals Zahlstellen-Vorsitzender, wurde zum vollendeten Arbeitswilligen, dessen Laufbahn bei Bauer & Pfeiffer für die nächste Zeit dadurch einen jähen Abschluß fand, daß L. vom Gericht wegen zweifacher Körperverletzung mittels gefährlichen Werkzeugs 25 Tage Gefängnis subdiert bekam; eine weitere Klage gegen L. schwebt noch. — Ueber die Firma ist aber noch immer die Sperre verhängt, da die Regelung der zwischen den Kollegen und der Firma bestehenden Differenzen noch keineswegs in genügender Weise erfolgt ist.

**Unterweissbach.** Uns wird geschrieben: Bei der Auszahlung der Aussperrungsunterstützung am 15. November teilte der Vorsitzende mit, daß die bürgerlichen Blätter („Rudolstädterzeitung“ und „Landeszeitung“) wieder die Schwindelnachrichten in die Welt setzen, wonach Herr Fabrikdirektor Alfred Voigt-Sizenborn, die eingestellten Ausgesperrten wegen neu gestellter, unerfüllbarer Forderungen erneut ausgesperrt habe. Die Ursachen der erneuten Arbeitsniederlegung seitens der Ausgesperrten sind ja den Kollegen zur Genüge bekannt. Die Verdächtigungen gegen die Ausgesperrten in den bürgerlichen Blättern können uns nicht Wunder nehmen, denn es ist jetzt alles eifrig an der Arbeit, die Ausgesperrten zu entzweien und nieder zu ringen. — Die arbeitswillige Familie Schäfer in der Voigtschen Filiale ist noch nicht zufrieden, daß sie ihr noch nicht 6 Jahre altes Söhnchen jeden Tag mit in die Fabrik nimmt (wenn man das Kind mit dem

Schurzfell, in und aus der Fabrik kommen sieht, ist es voller Schläger und Masse), sondern sie arbeitet sogar noch Sonntags in dem Betriebe. Wir fragen nun: Wo ist hier die Polizei und der Fabrikinspektor?

**Oesterrolch.** In Merkelsgrün hält die Differenz nach wie vor an. Und wie oberflächlich die Sache des Direktors Hegemann steht, ergibt sich schon daraus, daß die Zeitung des österreichischen Arbeitgeber-Verbandes sich ehrlich abquält, in einem über 2 Spalten langen Artikel die rücksichtslose Gewaltmaßregel und unbedachte Aussperrungswut dieses Mannes in loyale Gerechtigkeit, klug abgemessene Zurückhaltung und weise Kraftanwendung umzuwandeln. Und zum Ueberflus ringt sich das Unternehmerblatt noch einen Brief eines anscheinend wider seinen Willen von den Kollegen zur Aussperrung gezwungenen Arbeiters ab, dessen Glanzleistung in einer pöbelhaften Schimpfkanonade auf die „Führer“, die sich von den „Arbeitergroßen mästen“, die die anderen betrügen und sonstige Schandtaten begehen sollen, auslingt. Der alte Schwindel, den wir uns in Deutschland durch die Niederträchtigkeiten der Federfuchser unserer Fabrikanten schon lange an den Sohlen abgelaufen haben. Es bleibt immer bei der alten Methode der Unternehmer: Schimpfen, verdröhnen und verleumben. — In der Tat wird aber damit an dem eigentlichen Zustand in Merkelsgrün nichts geändert und wenn sich Hegemann und seine Klopfflechter noch so sehr dagegen sträuben, dieser Mann bleibt angenagelt, die Arbeiter deswegen aufs Pflaster geworfen zu haben, weil sie einem verstorbenen Kollegen das letzte Geleit gaben. Man wolle jeden Zuzug nach Merkelsgrün unterlassen. In Altroblau bei Gottling ging der Kampf für unsere Kollegen dadurch verloren, daß sich genug Arbeitswillige fanden. Gut, daß sich an diesen Menschen der begangene Verrat am meisten selbst rächt.

## Vermischtes.

**Weihnachtsbücher für die Jugend.** Von dem von der Partei eingesetzten Bildungsausschuß wird uns geschrieben: Seit Jahren ist innerhalb der deutschen Arbeiterbewegung in wachsendem Maße ein Verzeichnis der Jugendliteratur, die für proletarische Kinder besonders geeignet ist, gewünscht worden. Die Klassenbewußten Arbeiter und Arbeiterinnen haben an sich selbst den bildenden Wert guter Lektüre erprobt. Auf der anderen Seite aber machen sie die Erfahrung, daß die landläufigen Jugendschriften, die sie ihren Kindern in den Buchhandlungen oder in Warenhäusern kaufen, oder die ihre Kinder aus den Schulbibliotheken mit nach Hause bringen, zum großen Teil literarisch wertlos oder in Patriotismus und Frömmelerei getauchte Tendenzliteratur sind. Aber der Wunsch nach Zusammenstellung einer besonderen Jugendliteratur für die Kinder des Proletariats ist leichter erhoben als erfüllt. Wenn es sich dabei nicht auch um Schriften handeln soll, bei denen die Tendenz — in diesem Falle freilich eine freiheitliche, nach vorwärts gerichtete — breitspurig im Vordergrund steht und die ästhetische Schönheit und jeden literarischen Wert erdrückt, so muß man warten, bis Schriftsteller, Dichter und Künstler, die von der proletarischen Weltanschauung durchdrungen sind, künstlerisch wertvolle Gaben auf den Weihnachtstisch der Arbeiterjugend niederlegen. Erfreulicherweise ist schon ein vielversprechender Anfang gemacht worden. Es ist zu hoffen — besonders wenn die proletarischen Eltern die in Parteiverlagen erschienenen Jugendschriften beim Kaufen bevorzugen —, daß die kommenden Jahre weitere wertvolle Jugendschriften für die Kinder des Proletariats bringen. Neben diesen Büchern gibt es aber eine reiche und bunte Fülle von empfehlenswerten und teilweise sogar ganz vortrefflichen Jugendschriften, die in bürgerlichen Verlagen erschienen sind. Seit einer langen Reihe von Jahren ist die deutsche Lehrerschaft unter Führung der hamburger Lehrer an der Arbeit, das große Feld der Jugendliteratur nach pädagogischen und ästhetischen Gesichtspunkten zu säubern von dem vielen Unkraut der ehemals typischen Jugendschriftstellerei, die in der moralisierenden oder frömmelnden oder patriotischen Nutzenanwendung ihre Hauptaufgabe erblickte. Die Tätigkeit der Lehrerschaft ist ebenso mühevoll wie erfolgreich gewesen. Die alten patriotischen und frömmelnden Tendenzjugendschriften sind von allen denkenden Eltern in die Acht erklärt worden. In vielen Punkten gehen aber die Meinungen der Lehrer und die Ansichten der ausgeklärten Arbeitererschaft auch in der Beurteilung von Jugendschriften weit auseinander. In dem Verzeichnis der Lehrerschaft sind deshalb viele Bücher enthalten, die wir ablehnen müssen, und umgekehrt werden wir Bücher gutheißen, denen die Lehrerschaft bei ihrer Unbekanntschaft mit dem Wesen der proletarischen Weltanschauung ihre Zustimmung versagt. Der Bildungsausschuß unter-

breitet nun in einem in allen Parteibuchhandlungen gratis zu erhaltenden Verzeichnis der deutschen Arbeiterschaft eine Auswahl empfehlenswerter Jugendschriften, die als das Ergebnis gründlicher und ernster Prüfung nach monatelanger Arbeit zustande gekommen ist. Wir geben uns der Hoffnung hin, daß das Verzeichnis sich als ein Führer durch die verwirrende Masse der auf den Weihnachtsmarkt geworfenen Jugendliteratur erweisen wird. Insbesondere hoffen wir, daß kein denkender Arbeiter, dem seine Kinder lieb sind und der die hohe Bedeutung der Jugendliteratur auf den kindlichen Geist und das kindliche Gemüt zu beurteilen weiß, fürderhin auch nur noch einen Pfennig für die vergiftenden oder verblöhdenden Nachwerke ausgibt, die sich zu Weihnachten als „Geschenkliteratur“ auf dem Büchermarkt spreizen. Das Verzeichnis enthält Bücher für alle Altersstufen und zu den verschiedensten Preisen, so daß jeder Arbeiter darunter leicht das für seine Verhältnisse am besten geeignete Buch finden wird.

**Streikende Knaben.** In Alburg bei Straubing in Bayern ist vor kurzem eine Anzahl Knaben im Alter von 10 bis 12 Jahren (!) in den Streik getreten. Diese Jungen waren bei Dachdeckerarbeiten der abgebrannten und nun wieder aufgebauten Gebäulichkeiten der Dekonomen Buchner und Kaller als sogenannte „Dachhändler“ mit einem Tagelohn von 80 Pfg. (!) beschäftigt. Dieser Lohn genügte ihnen nicht, sie taten sich zusammen und verlangten 80 Pfennige. Diese Forderung wurde abgelehnt! Die Jungen beschloßen einmütig, die Arbeit nieder zu legen. Sie traten in den Streik und stellten regelrecht Streikposten aus, um Arbeitswillige aus Stadt und Land abzuhalten. Es gelang den Jungen, ihre Forderung durchzubringen. Der Bauunternehmer mußte, wenn er die Gebäulichkeiten unter Dach bringen wollte, Unterhandlungen anbahnen und nachgeben. Erst nachdem die Forderung von 80 Pfg. bewilligt war, wurde die Arbeit wieder aufgenommen. — Die bürgerliche Presse weiß mit dieser Nachricht nichts besser anzufangen, als sich darüber lustig zu machen, daß die „Streikluft“ bereits bis in die Reihen der Jungenblüthen gedrungen sei. Daß in diesem Notwehrakt gegen die Kinderausbeutung ein soziales Drama sich abspielt, kommt ihr nicht in den Sinn.

**Russland.** Mit welchen Schwierigkeiten die russischen Arbeiter bei der Gründung von Verbänden zu kämpfen haben, zeigen die Daten über die Registrierung der Verbände in dem Bericht der Gewerkschaftsbewegung in Rußland, der in diesen Tagen von dem Ausschuß der Vertreter des Handels und der Industrie ausgegeben wurde. — Es zeigt sich nämlich, daß in der ersten Hälfte des laufenden Jahres insgesamt 116 Verbände Gesuche um Registrierung eingaben, von denen nicht weniger als 68 abgewiesen wurden. So beträgt die Zahl der Verbände, die der Möglichkeit offener Existenz beraubt wurden, 60 pCt. Im Jahre 1906 war der Prozentsatz der abgewiesenen Gesuche um Registrierung nicht höher als 18 Prozent. — Trotz dieses in Wirklichkeit dornigen Weges bringt die Idee der Organisation immer breiter in die Masse der Arbeiter, und jüngst wurde in einer Reihe von Arbeiterversammlungen verschiedener Branchen in Petersburg der Beschluß gefaßt, Verbände zu organisieren. So entsteht nun ein Verband der Brauereiarbeiter, der Arbeiter der Sälenfabriken, oder Wäscherinnen usw.

**Lehrreiche Ziffern** bietet wieder der vor kurzem erschienene Jahresbericht für 1906 der Landesversicherungsanstalt Berlin-Brandenburg. Die Zahl der bewilligten Renten ist trotz der Steigerung der Versicherungsteilnehmerzahl wiederum um einige Hundert zurück gegangen. Die Skala der Rentenanträge und Bewilligungen zeigte in den letztverfloßenen Jahren dieses Bild: 1903: beantragte Renten 12 202, bewilligte 10 005; 1904: beantragte Renten 11 730, bewilligte 8905; 1905: beantragte Renten 10 065, bewilligte 6265; 1906: beantragte Renten 9041, bewilligte 6265. Es wurden also im letztabgelaufenen Jahre fast die Hälfte aller beantragten Renten abgelehnt und nicht viel mehr als die Hälfte gegenüber dem Jahre 1903 bewilligt. Das nennt man hoch „Erfolg“ der „strengen ärztlichen Kontrolle“ und „genügsamen Prüfung“ der Rentenanträge! Danach sind die Klassenverhältnisse der Anstalt natürlich außerordentlich gut. Es wurden eingenommen an Beiträgen 9 500 259,39 Mk., an Zinsen 2 056 820 27 Mk., dagegen an Renten nur 5 172 765,54 Mk. gezahlt, so daß fast die Hälfte der Einnahmen als Uberschuß bleibt. Das Vermögen der Anstalt beträgt zurzeit rund 60 1/4 Millionen Mark. Mit dem ständigen starken Vermögenszuwachs ist aber den Kranken, verunglückten und invaliden Arbeitern weniger gebient, als mit einer ausreichenden Fürsorge für die Opfer unserer göttlichen Weltordnung in der Gegenwart.

Von den „Christlehen“. Auf dem Eisenwerk „Mariamilianshütte“ bei „Amberg“ ist ein Streik ausgebrochen, weil

die Direktion minimale Forderungen der Arbeiter brüst abgelehnt hatte. Einige „Christliche“ haben seit Beginn des Streiks ebenfalls die Arbeit niedergelegt. Jetzt stellt sich aber heraus, daß, nachdem sie bei der Direktion vorstellig geworden waren und erklärt hatten, nicht weiter arbeiten zu können, sie sich mit dem Oberingenieur dahin einigten, daß ihnen auf unbestimmte Zeit Urlaub gewährt werde und sie sich also nicht direkt am Streik beteiligen. Die Direktion selbst war es, die dies bekannt gab, da ihr daran liege, fest zu stellen, daß die „Christlichen“ sich nicht am Streik beteiligen: eine Feststellung, die den braven „Christlichen“ sehr unangenehm ist. Es sind wirkliche Musterknaben diese Herren, die ihren Arbeitskollegen gegenüber nicht als Streikbrecher gelten, es aber auch mit der Direktion nicht verderben wollen und sich deshalb für die Dauer des Streiks beurlauben lassen.

## Feuilleton.

### Ein Richter und Mensch.

Wer Gelegenheit gehabt hat, amerikanische Knaben kennen zu lernen, der wird bei ihnen, im Gegensatz zu unserer deutschen Schuljugend, nicht nur eine größere Selbständigkeit, sondern auch ein weit höheres Ehrgefühl, einen größeren Sinn für innere Reinlichkeit entdeckt haben. Ohne gegen die Schattenseiten des öffentlichen Lebens in Nordamerika blind zu sein, kann man sich nie der Einsicht verschließen, daß der bürokratische Geist, der Hang zur Formel und zum Schema in der ganzen Erziehung in Deutschland es ist, der den Unterschied zwischen deutschen und amerikanischen Schulknaben oder Menschen jugendlichen Alters überhaupt so groß ins Auge springen läßt. Vor allem aber ist es eine gewisse Freimütigkeit und Offenheit im Verkehr mit Erwachsenen, welche bei der amerikanischen Jugend so angenehm auffällt. Der deutsche Philister wird ein derartiges Betragen natürlich respektwidrig nennen und es vor allem für nötig erachten, daß der Jugend Achtung vor der Autorität mit oder ohne Schläge eingeschärft werde. Daher das unsichere, oft scheue Benehmen unserer deutschen Schüler, sobald sie vor den Lehrern oder noch höheren Autoritäten stehen. Und ihr Mangel an Offenheit ist gar nichts anderes, als die nicht unbegründete Furcht, ihre Offenheit könnte ihnen als Widersetzlichkeit angerechnet werden.

Was hier von der, wenn wir so sagen dürfen, normalen männlichen Jugend Deutschlands einerseits und der der Vereinigten Staaten andererseits gilt, das trifft in noch höherem Maße auf die verbrecherischen Kinder zu. Aus diesem Grunde wäre in Deutschland ein Mann wie der Richter Lindsey, der Vorsitzende des jugendlichen-Gerichtshofes in Denver (im Staate Colorado), völlig undenkbar; denn erstens würde einem solchen Richter in Deutschland das besonders geächtete jugendliche Verbrechermaterial fehlen und zweitens würde ein solcher Richter nach den ersten Monaten seiner Tätigkeit auf dem Disziplinarweg bei uns unmöglich gemacht.

Der Richter Lindsey in Denver ist mehr als der durch seine milden Urteile unter dem Namen „Der gute Richter“ bekannte Tribunalpräsident Magnaud in einer der pariser Vorstädte. Er ist ein junger Mann, dem nicht nur das Herz voller Menschlichkeit für die Enterbten schlägt, sondern der auch ohne alle Gefühlsduselei ein tiefer Menschenkenner und ein energischer Organisator ist. Man braucht nur sein Bild zu sehen, mit der breiten mächtigen Stirn, den scharfblickenden, aber durch einen verständnisvollen Humor für alles Menschliche gemilderten Augen, dem lebenswichtigen Mund und dem energischen Sinn — um seinen Einfluß auf die jugendlichen Verbrecher, mit denen er an dem durch seine Arbeit geschaffenen Juvenile Court zu tun hat, zu verstehen. In einem Artikel des Mac Clures Magazine wird erzählt, durch welche Episode in seiner Richterätigkeit er aus seiner geschäftsmäßigen Urteilsprecherei ausgerüttelt wurde. Gegen seinen Willen war er in die Richtercarriere gedrängt worden. Als neunundzwanzigjähriger Mann wurde er Vorsitzender eines Gerichtes und hatte eines Tages schon verschiedene „Fälle erledigt“. Es war schon ziemlich spät, der Richter war hungrig und müde. Da brachte man noch einen jungen Dieb vor ihn. Der Fall lag klar und konnte keine lange Zeit beanspruchen. Der ver-schlafen auf der Zeugenbank sitzende Gen darm hatte sein Protokoll in der Hand und schwor auf seinen Diensteid hin, daß es sich um einen wirklichen Diebstahl handle. Der kleine Angeklagte leugnete auch nicht. — Das Gesetz schrieb zwei Monate Korrek-tions-haus vor und die wurden dem Jungen ausdiktirt. Der Junge sollte gerade abgeführt und noch ein Fall aufgerufen werden, als plötzlich etwas Unvorhergesehenes passierte. Ein lauter Schrei schreckte den Gerichtshof und die Zuschauer auf. Er kam aus

dem Munde eines verkrüppelten Weibes, die ihr Haar räumte, ihre Kleider zerriff und ihren Kopf gegen die Wand schlug. Ein Diener wollte die „Angehörerin“ hinaus befördern, aber der junge Vorsitzende des Gerichtes, Lindsay, ließ die Frau vor sich rufen. Lindsay selbst erzählt den Fall folgendermaßen:

„Ich hatte die Frau schon während der Sitzung beobachtet. Sie saß zusammen gekauert auf einer der hinteren Bänke und sah wie eine richtige Bewohnerin eines Kellerlogis aus. Sie war die Mutter des jugendlichen Diebes. Bis zu diesem Moment, wo sie mir das sagte, war ich ein Jurist, der „nach Gesetz und Recht“ einen Fall nach dem anderen „aburteilte“. Der Mutter-schrei dieser Frau hat mich zur Menschlichkeit zurück gerufen. Da sah ich mir den „Verbrecher“ mit neuen Augen an. Es war ein italienischer Junge. Sah er wie ein Dieb aus? Nein. Vielleicht ein Taugenichts, aber nicht wie ein hoffnungsloser Verbrecher. Ich rief ihn auch zu mir und redete mit den beiden. Sie hatten zusammen ein Zimmer in einer Kellerwohnung. Aber es war wenigstens eine Wohnung, ein Heim; und das Mutter und Kind sich liebten, das sah ich. Und jetzt hatte ich vor, ihn von der Mutter zu reißen und ihn ins Gefängnis zu allen, schweren Verbrechen zu schicken. Da stieß ich meinen eigenen Richterspruch um, tröstete die Mutter und sagte, ich wolle sie einmal besuchen. Die Mutter und ich arbeiteten zusammen an dem Jungen, aber die Hauptsache leistete der Junge selber. Er ist jetzt ein fleißiger, famoser Kerl, der vor sich selber die Achtung wieder gewonnen hat. Er hat eine Probezeit von fünf Jahren hinter sich und bekleidet jetzt schon eine hübsche Stellung.“

Der zweite Fall, der den jungen Juristen aus dem Halbschlaf der geschäftsmäßigen Rechtspfere aufweckte, war ein Diebstahl, der von einer ganzen Bande junger Strolche und Taugenichts im Taubenhause eines Farmers ausgeübt wurde. Zwei der Burschen waren nach langem Suchen endlich von der Polizei erwischt worden. Die Anklage lautete auf Raub, weil ein wirklicher Einbruch verübt worden war. Der Geschädigte fiel dem jungen Richter sofort auf. Er erinnerte sich an dieses alte Gesicht und erinnerte sich schließlich auch, daß er selbst, als Junge, diesem nämlichen Manne eine Taube gestohlen hatte. Er war damals wohl erwischt, aber nicht angeklagt worden. Denn er war der Sohn reicher Eltern und nun sollte er diese Jungen, die das Gleiche getan hatten wie er, auf ein halbes Jahr ins Gefängnis schicken, weil sie die Kinder armer Teufel waren. Er nahm die beiden Knaben allein zu sich in ein Nebenzimmer und sprach mit ihnen, so wie er zur Zeit, als er selbst noch Tauben stahl, gesprochen hätte, wie ein Junge zu Jungen, aber doch mit dem Hintergrunde verständigen Ernstes. Er bekam heraus, daß die beiden kleinen Diebe Mitglieder einer Bande von zweiundsünfzig kleinen Taugenichtsen waren. Seine Art, zu sprechen, machte auf die beiden kleinen Strolche einen solchen Eindruck, daß sie sich erboten, die anderen fünfzig am anderen Tage herzubringen. Der junge Richter entließ die zwei Taubendiebe trotz des Protestes des Polizeioffiziers. Am anderen Tage erschien die ganze Bande vor Lindsay und er redete nun mit ihnen in seiner Art. Durch Strafenlehren verdienten sie auf Lindsay's Vorschlag so viel, daß dem Farmer der Schaden ersetzt werden konnte. Mancher von diesen zweiundsünfzig steht noch heute mit dem damals jungen Richter in brieflichem Verkehr und ist durch ihn ein anderer Mensch geworden.

Es würde zu weit führen, eingehend zu schildern, mit wie viel Mühen der junge Richter endlich die Schaffung eines eigentlichen Gerichtshofes für jugendliche Verbrecher erreicht hat. Seine Methode ist sehr einfach. Er ist nicht der Erfinder neuer Systeme — er ist einfach ein tapferer liebenswürdiger Mensch, der wieder Leben und Menschlichkeit in die trockenen Gesetzesparagrafen gebracht hat. Sein Hauptgrundsatz bei jugendlichen Verbrechern, die nach seiner Ansicht ganz wunderbar raffinierte Lügner sind, ist der: „Daß nie ein Kind mit einer Lüge auf seiner Seele von dir gehen. Ist einmal die Brust erleichtert und das Herz rein, so ist die halbe Schlacht gewonnen.“

Tausende jugendlicher Verbrecher hat er durch sein Wirken auf den rechten Weg zurück geführt; und sein Juvenile Court, der erste Kindergerichtshof in Amerika, hat schon in vielen Staaten Nordamerikas Nachahmung gefunden.

### Versammlungsberichte etc.

sch. Burgau. Am 9. November fand in Wingerla, eine Porzellanarbeiter-Versammlung statt, in welcher Genosse Deyer, Volkst. ist über die Macht der Organisation referierte. Trotzdem nur alle 2-3 Jahre hier ein Vortrag für Porzellanarbeiter gehalten wird, haben es etliche Genossen fertig gebracht, nicht zu erscheinen. Genosse Deyer verstand es, in seinem 3/4 stündigen Vortrag den Anwesenden Platz zu machen, was mit einer guten Organisation zu schaffen ist und wie es/englische Arbeiter verstanden haben, so manche Fesseln zu zerreißen. Aber auch der deutsche Arbeiter wird vorwärts kommen, wenn er es versteht, seine Organisation

so auszubauen, daß sie jedem Unsturm trotzen kann. Dies kann nur geschehen, wenn jeder seine Pflicht erfüllt und ein wenig agitatorisch mitwirkt, damit unsere uns noch fernstehenden Arbeitsbrüder mit uns und nicht gegen uns kämpfen. Dem Referenten wurde für seine Ausführungen der verdiente Beifall zu teil.

h. Eisenberg. Gleich ihren Vorgängerinnen hatte auch die Versammlung am 9. November unter äußerst schwacher Beteiligung zu leiden. Herbststimmung möchte man sagen, ist bei den Mitgliedern eingezogen. Geradezu systematisch schwänzen unsere Mitglieder seit Beendigung der Aussperrung die Monatsversammlungen. Fast hat es den Anschein, als seien nun die Verhältnisse in den hiesigen Betrieben derart, daß ein engerer Zusammenschluß und ein Austausch der Ansichten über die bestehenden Zustände überhaupt nicht mehr nötig sei. Hierin befinden sich die Kollegen und Kolleginnen in einem unheilvollen Irrtum. Sollen die im letzten Kampfe errungenen Positionen gehalten werden, so muß ein jedes Mitglied seine Pflicht gegenüber der Organisation tun und dazu gehört auch der regelmäßige Besuch der Zahlstellenversammlung. Verschämend und bedauernd zugleich ist es für uns Eisenberger, wenn wir vor aller Öffentlichkeit die traurige Tatsache konstatieren müssen, daß von 500 Mitgliedern ganze 70 Personen den Einladungen der Verwaltung Folge geleistet haben. Hoffen wir, daß sich in Zukunft unsere Mitglieder ihrer Pflichten wieder besser bewußt werden. Die Versammlung wurde um 9 Uhr unter Zugrundelegung folgender Tagesordnung eröffnet: 1. Geschäftliches; 2. Gesagwahl zur Beschwerdebekommmission; 3. Verschiedenes. Beim ersten Punkte wurden zunächst sieben Aufnahmen, sowie einige interne Angelegenheiten erledigt. Dann gab der Kassierer den Abschluß vom 8. Quartal zum Besten. Derselbe gestaltet sich folgendermaßen: Verband: Einnahme 12417,89 M., Ausgabe 11989,29 M. Bestand: 428,10 M. 12 pCt.-Fonds-Einnahme 296,52 M., Ausgabe 375,61 M. Mehrausgabe 79,09 M. Streikmarken wurden 450 Stück verkauft. Die Mitgliederzahl beträgt 505. Auf Antrag der Revisoren wurde der Kassierer einstimmig entlastet. Eine Zuschrift aus Werkskassarin wurde vorgelesen und beschlossen, die beigelegte Liste zurückzuerhalten zu lassen. Bei Punkt 2 wurde der Genosse Blaume als Ersatzmann zur Beschwerdebekommmission gewählt. Beim dritten Punkte wurde darüber debattiert, auf welche Weise der Versammlungsbesuch zu heben sei. Es sollen in jedem Personal die Untertassierer den Auftrag bekommen, unter den Mitgliedern für einen guten Versammlungsbesuch zu agitieren. Auch wurde der Vorschlag gemacht, zur nächsten Generalversammlung zu beantragen, daß, wer im Jahre nicht mindestens 6 Versammlungen besucht hat, vom Bezuge jeglicher Unterstützung ausgeschlossen sei. Da keine Neigung vorhanden war, näher auf die gemachten Vorschläge einzugehen, wurde um 10 Uhr die Versammlung geschlossen.

d. Kimsborn. In der letzten Zahlstellen-Versammlung wurde, nachdem der Kassierer die einzelnen Posten der Einnahme und Ausgabe der Versammlung bekannt gegeben und die Revisoren die Richtigkeit der Kasse bestätigt hatten, dem Kassierer Decharge erteilt. Vom Kartelldelegierten wurde der Kasseebericht des Kartells vom 8. Quartal vorgelesen. Hierauf teilte der Delegierte der Versammlung mit, daß von den ausgesperrten Holzschneidern im Schwarzwald ein Angebot von Schwarzwälder Uhren gemacht wurde. Dieselben sind in jeder Preislage zu haben und wurde beschlossen, soviel wie möglich die Leute zu unterstützen. Das Kartell beschloß ferner, Kurse zu veranstalten, um redogewandte Genossen der einzelnen Gewerkschaften als Referenten auszubilden. Die Kosten tragen die einzelnen Zahlstellen. Unter Verschiedenem wurde die Maßregelung des Kassierers unserer Zahlstelle eingehend besprochen. Beschlossen wurde, denselben vorläufig durch freiwillige Sammlung zu unterstützen, bis ein endgültiger Vorstandsbeschluss vorliegt. Mängel im Betrieb (Dampfheizung, Breitermangel, Mangel den Platz schaffen usw.) wurden einer Kommission betreffs Rücksprache mit der Direktion überwiesen. Um Streitigkeiten unter den Mitgliedern zu schlichten, wurde beschlossen, ein Schiedsgericht, bestehend aus 7 Personen der verschiedenen Arbeitsabteilungen, zu bilden. Die Parteien haben sich dem Spruche desselben zu fügen. Da die Arbeitszeit in der Dreherei am Sonnabend nur bis 6 Uhr nachmittag dauert, wurde den Malern aufgegeben, diese Arbeitszeit auch für sich zu fordern.

sch. Neustadt. Die Versammlung am 2. November war zahlreich besucht. Die hiesige Zahlstelle ist stetig im Wachsen begriffen und wir hoffen, daß auch zu der am 7. Dezember stattfindenden Versammlung alle Kollegen erscheinen. Die jetzigen neuen Muster ergeben wieder schlechte Preise und gehen die Fabrikanten mit der alten Maß um: „Wo anders wird es noch billiger von Arbeitern gemacht!“ Leider liefert dieser Fabrikant seine Ware noch 80 pCt. billiger wie andere und steckt noch einen Profit ein. Die nächste Versammlung ist besonders wichtig. Es findet die Wahl der Verwaltung und der Delegierten zum Gewerkschaftskartell statt, Regelung und Abrechnung vom Gewerkschaftsfest und Erörterung der Volkshausangelegenheit; ferner: Wie stellen wir uns zur Einführung der 10 stündigen Arbeitszeit und zu einem 20 prozentigen Aufschlag für Ueberstunden?

l. Rohau. Die am 9. November stattgefundene Zahlstellenversammlung beschäftigte sich unter anderem auch mit der Interessenlosigkeit der hiesigen Kollegen, hauptsächlich jener aus der alten Fabrik, betreffs des Versammlungsbesuches. Es ist leider beschämend, wenn man in der letzten Zeit, was bei den jetzigen Verhältnissen gar nicht möglich erscheint, Versammlungen entweder gar keine, oder nur solche mit 18 bis 20 (von 120 Mitgliedern) abhalten mußte. Statt ihre Interessen gemeinschaftlich in den Versammlungen zu beraten und zu vertreten, ziehen es die Kollegen lieber vor, in anderen Wirtschaften Karten zu spielen, oder sonstigen bürgerlichen Vereinen nachzugehen. Wird dann einmal ein Beschluss gefaßt, der diesen Mitgliedern nicht recht ist, so wird hierüber räsonniert. Es gibt sogar Mitglieder in der hiesigen Zahlstelle, die jahraus, jahrein überhaupt noch keine Versammlung gesehen haben. Daß unter solchen Umständen ein gemeinschaftlich agitatorisches Arbeiten in der Zahlstelle unmöglich gemacht wird, muß doch jedem vernünftig denkenden Menschen einleuchten. Mögen es sich die Kollegen zu Herzen nehmen und alle vollständig in den Versammlungen erscheinen, damit wir gemeinschaftlich unsere jetzt schon mangelhaften Lebensverhältnisse verbessern können. Sollten sich die Kollegen aber keines besseren besinnen, und auf ihrem jetzigen Standpunkt beharren, so sieht sich die Verwaltung veranlaßt, die Verbandsbeiträge, ab 1. Januar 1908, nur in den Monatsversammlungen entgegen zu nehmen.

### Sterbetafel.

Neustadt. Frig Krauß, Brenner, geboren am 10. Juni zu Seinersdorf, gestorben am 6. November 1907, Krankheitsdauer 12 Wochen. Porzellanerkrankung.

Ihre feinem Andenken!

### Adressen-Nachtrag.

Cortendorf. Rff., Georg Leifner, Ml., Coburg, Kreuzwehrstraße 19, Av. Eduard Amend, Schleifer, Coburg, Bahnweg 86a.  
Osteroda a. H. Wf. Albert Felbmer, Freiheit bei Osterode 79, Rff., Wlf. Roth, Freiheit 27b, Schf., Carl Rothbueft, Jacobiterstr. 181.

### Versammlungskalender.

Im eigenen Interesse aller unserer Mitglieder wird darauf hin gewiesen, daß es die Pflicht eines jeden Kollegen und eines jedes Kollegen ist, die von ihnen befristeten anderweitigen Versammlungen pünktlich zu besuchen.

- Ahlen. Sonnabend, 30. November. Verwaltungswahl.
- Althaldensleben. Sonnabend, 14. Dezember, 8 1/2 Uhr, bei Wilhelm Peters. Vorstandswahl. Bibliotheksbücher vorlegen. Lohnstatistiken mitbringen.
- Arzberg. Sonntag, 1. Dezember, nachmittags 1/2 3 Uhr. Sämtliche Bibliotheksbücher einliefern.
- Berlin. Montag, 2. Dezember, 9 Uhr, Plakatmaler, Brunnenstr. 3.
- Donnerstag, 5. Dezember, 8 1/2 Uhr, Schildermaler, bei Dräsel, Neue Friedrichstr. 85. Der Besuch der Sternwarte (Trepow) findet am 8. Dezember, nachmittags 5 Uhr statt.
- Bonn. Sonnabend, 7. Dezember, 8 1/2 Uhr, im Volkshaus, Sandlaule 18. 1. Etage. Vorstandswahl.
- Cortendorf. Sonnabend, 7. Dezember, Generalversammlung. Neuwahl der Verwaltung.
- Döbeln. Sonnabend, 7. Dezember, bei Schmidt, Neugasse.
- Elsterwerda. Sonnabend, 7. Dezember, 8 Uhr, im Kronprinz. Neuwahl. Gewählt werden nur die, die nicht anwesend sind.
- Frankfurt a. M.-Offenbach. Sonnabend, 14. Dezember, 8 1/2 Uhr, bei Gittfried, Sachsenhausen, Gr. Rittergasse 56. Neuwahlen.
- Freienoria. Sonnabend, 14. Dezember, 8 1/2 Uhr, im Saatal Naschhausen.
- Gräfenhain. Sonntag, 7. Dezember, nachmittags 8 Uhr, im Gasthof zum Steiger.
- Grossbreitenbach. Sonntag, 1. Dezember, nachmittags 2 Uhr, im Rathaus. Vortrag.
- Hamburg. Dienstag, 8. Dezember, bei Lange, Bartelsstr. 4.
- Ilmenau. Sonnabend, 14. Dezember, 8 1/2 Uhr, zur „Rosenau“. Verwaltungswahl.
- Kloster-Vessra. Sonnabend, 7. Dezember, 5 Uhr, im „Thüringer Hof“ in Themar. Verwaltungswahl.
- Langwieschen. Sonntag, 8. Dezember, nachmittags 8 Uhr, im Felseneller. Verwaltungswahl.
- Martinroda. Sonnabend, 30. November, abends 1/2 9 Uhr, im Thüringer Wald.
- Melssen. Sonnabend, 7. Dezember, 8 1/2 Uhr, im Lämmerhaus. Verwaltungswahl.
- Neustadt b. Coburg. Sonnabend, 7. Dezember, im Bergschlößchen Ferd. Luther. Verwaltungswahl. Lohnstatistiken mitbringen.
- Oberkötitz. Sonnabend, 30. November, 1/2 9 Uhr, bei Kollegen Bauer, Bergschlößchen.
- Schmiedefeld. Sonnabend, 30. November, 8 1/2 Uhr, bei G. Walter, „Metzinger Hof“. Lohnstatistiken mitbringen.
- Spandau. Sonnabend, 7. Dezember, 8 Uhr, bei Summa, Weißenburgerstraße 24. Neuwahl.
- Suhl. Montag, 9. Dezember, 8 1/2 Uhr, in Dombergs-Ansicht. Lohnstatistiken mitbringen.
- Tirschenreuth. Sonntag, 8. Dezember, nachmittags 3 Uhr, bei Georg Bibliotheksbücher sowie Lohnstatistiken abgeben.
- Untermhaus. Sonnabend, 7. Dezember, 8 Uhr, in der „Bockschente“. Neuwahl des Vorstandes. Lohnstatistiken mitbringen.
- Vegesack. Sonntag, 1. Dezember, nachmittags 3 Uhr, im Vereinslokal W. Oberbeck Wm. Verwaltungswahl.
- Vordamm. Sonntag, 1. Dezember, nachmittags 8 Uhr, im Rittergutsgarten.
- Warmbrunn. Sonntag, 1. Dezember, nachmittags 2 Uhr, im Vereinslokal zu Hertsdorf. Neuwahl des Vorstandes.

## ANZEIGEN.

**Oeffentliche Versammlungen:**  
Mittwoch, den 4. Dezember, abends 1/2 8 Uhr, im Sperz'schen Gasthaus in Sebewitz. Wahl der Vertrauensleute, Gewerkschaftliches und Vortrag: Die wirtschaftliche Lage im Zeichnen der heran-nahenden Krise. — Freureuth. Donnerstag, den 5. Dezember, abends 1/2 8 Uhr, in Volkshaus Restaurant: Die Entwicklung der Gewerkschaften. — Ebnrewitz. Freitag, den 6. Dezember, abends 8 Uhr, im Gasthof Sörnewitz (Schanze): Organisation. Referent in allen drei Versammlungen: Redakteur Fritz Zietseh-Charlottenburg.

**Freienoria.** Sonntag, den 1. Dezember, nachmittags 8 Uhr, im Saatal Naschhausen. Öffentliche Porzellanarbeiter-Versammlung, Thema: Zweck und Nutzen der Organisation. Referentin: Frau Anna Barth-Ilmenau.

**Gräfenhain.** Sonntag, den 1. Dezember, abends 8 Uhr, im Schießhaussaal: Oeffentliche Porzellanarbeiter-Versammlung. Referentin: Frau Theoret aus Ilmenau. Hierzu sind alle Porzellanarbeiter und Arbeiterinnen freundlichst eingeladen.

**Pankow.** 2. Stiftungsfest der Zahlstelle am Sonnabend, den 30. November 1907, im großen Saale der „Berolina-Haus“ Schönhauser Allee 18. Die Mitglieder der umliegenden Zahlstellen sind freundlichst eingeladen. Die Verwaltung.

**Tannroda.** Am Sonntag, den 1. Dezember, feiert die hiesige Zahlstelle ihr 2. Stiftungsfest. Von abends 7 Uhr an Langstränchen. Die Mitglieder der umliegenden Zahlstellen sind herzlich willkommen. Die Verwaltung.

### Arbeitsmarkt.

Inserate kostenlos. Bei Offerten auf Chiffre muß Porto bei gelegt werden, da sonst die Weiterbeförderung nicht erfolgen kann.

**Kronach.** Mitglieder, welche gesonnen sind, in Kronach bei der Firma Rosenthal & Co. in Arbeit zu treten, werden ersucht, sich zuvor bei der Verwaltung zu erkundigen.

**Frankfurt a. M.** Alle Kollegen, welche beabsichtigen, hier Arbeit zu nehmen, werden ersucht, sich an den hiesigen Arbeitsnachweis, H. Schreithofer, Frankfurt a. M., Brückhoffstr. 2, 3 Tr. zu wenden. Die Verwaltung.

**Warmbrunn.** Vor Stellungnahme bei der Firma G. Rlose, Glasraffinerie wollen sich die Kollegen bei der hiesigen Zahlstellenverwaltung erkundigen.

**2-3 Maler** finden gute und dauernde Stellung für billige und bessere Becherbetore, auch Colorit. Best. Off. erbeten unter Chiffre Glasmaler 1000 an die Geschäftsstelle der Zeitschrift.

**Porzellan- oder Steingutdreher** der auch gläsern versteht per bald gesucht. Offerten mit Angabe von Lohnansprüchen erbittet Julius Paul, Topfwaren Fabrik Bunzlau. firmen zu

**Gotha.** Vor der Arbeitsannahme bei der Firma Morgenroth und Co. wollen sich die Kollegen bei der hiesigen Verwaltung erkundigen.

**Maler,** sucht sofort Stellung, derselbe ist in Export sowie auch in Blumen und besseren Decoren tüchtig, kann auch in Öl auf Holz oder Blech arbeiten. Offerten unter N. Z. 221 erbeten.

**Schriftmaler,** flott in Farbe und Relief, steht in Relief mit Lack vor, sucht jetzt oder später dauernde Stellung. Offerten unter S. A. erbeten.

### Geschäfts-Anzeigen etc.

Jhr Privatangelegen Betrag des Preis der 2gespaltenen Beilage oder deren Raum 20 Pfennige. Vorauszahlung ist Bedingung.

**Goldwatte • Staubgold • Goldabfälle • etc.**  
Höchste Preise dafür zahlt Frau A. Hecht, Berlin N., Strelitzerstr. 70.

**Alle goldhaltigen Sachen** kauft bei reeller Bedienung zu den höchsten Preisen. Franz Karl, Niederplanitz b. Zwickau in Sachsen.

**Goldschmiede, verdicktes Glanzgold, sowie alle goldhaltigen Sachen** kauft stets zu höchsten Preisen bei pünktlicher und reeller Bedienung. Man verlange Prospekte. **Emil Böhm, Eisenberg S.-A.** Aeltester Geschäft dieser Art.

**Goldschmiede u. alle goldhaltig. Sachen** kauft zu höchsten Preisen bei streng reeller Bedienung (Proballen frei) **Otto Seifert, Zwickau in Sachsen, Osterweihstr. 82.**

### Staubgold \* Goldwatte \* Glanzgold

und alle in der Vergoldung vorkommenden Abfälle kauft zu höchsten Preisen **S. Salomon, Berlin C., Schillingstraße 21/22, Ecke Kaiserstraße.** Alle Sendungen und Aufträge werden postwendend erledigt.

**Goldschmiede, sowie goldhaltige Lappen Pinsel, Paletten, Flaschen, Näpfe u. s. w.** werden aufgeschmolzen und das Gramm Fein-Gold mit 2 Mt. 60 Pfg. angekauft. Sendungen werden schnell erledigt. **H. Haupt, Dresden-A., Guelkenstr. 6.**

Herausgeg. v. Verbands d. Porzellan- u. verwandl. Arbeiter u. Arbeiterinnen **Red. u. Verlag: Fritz Zietseh, Charlottenburg, Charlottenburger Ufer 56.** Druck von Otto Goerke, Charlottenburg, Querstraße 21.